

DIE LINKE erobert weiteren Landtag Klaus Ernst diskutiert mit der Basis



Nach dem Einzug der Linkspartei in den nordrhein-westfälischen Landtag werden zukünftig 11 Genossinnen und Genossen im Parlament vertreten sein. Noch völlig offen ist, ob man sich an einer möglichen Koalition mit SPD und Grünen beteiligen wird. Der Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, spricht sich für eine rot-rot-grüne Koalition aus. Damit könnten im Bundesrat Kopfpauschale und Steuersenkungen verhindert werden, so Ramelow. Einen weiteren Sozialabbau dürfe es mit der LINKEN aber keinesfalls geben.

Die Spitzenkandidatin der SPD, Hannelore Kraft, hatte im Wahlkampf zwar gewettert, DIE LINKE sei nicht regierungsfähig, eine Zusammenarbeit aber nicht kategorisch ausgeschlossen und bereits angekündigt, mit allen Parteien sprechen zu wollen. Die Spitzenkandidaten der LINKEN, Bärbel

Beuermann und Wolfgang Zimmermann kündigten ihrerseits an, ohne Vorbehalte in die Gespräche zu gehen. Von den Ergebnissen wird es sicher abhängen, ob die Basis der NRW-LINKEN einem Koalitionsvertrag zustimmen wird. Darüber wird auf Regionalkonferenzen und einem Sonderparteitag debattiert werden.

Als völlig realitätsfremd muss das Gebärden der NRW-FDP gewertet werden. Deren Landesvorsitzender Andreas Pinkwart hatte SPD und Grünen Verhandlungen über eine „Ampel“ angeboten, wenn die SPD nicht mit der LINKEN spricht. Ob Grüne und SPD den Mut haben, die zu erwartenden Kampagnen von Springer und Co. auszuhalten und mit der LINKEN gemeinsam einen Politikwechsel zu wagen, werden die nächsten Wochen zeigen.

Foto: Siggie Stoff

Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Vor über 20 Jahren wurde die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verabschiedet. Fast alle Mitglieder der UNO haben dieses Dokument ratifiziert. Es verpflichtet sie zum einen, die Rechte der Kinder als besonders schützenswerte Gruppe zu achten und sie durchzusetzen. Zum anderen ist die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) getragen von dem Gedanken, dass Kinder eigenständige gesellschaftliche Subjekte sind, die eigene Rechts-, Beteiligungs- und Gestaltungsansprüche in sich ruhen haben. In der UN-Konvention wird Kindern vor allem aber ein Anspruch auf Selbstbestimmung eingeräumt. Kinder brauchen Kinder. Kinder brauchen aber auch Räume, in denen sie sich verwirklichen und ihre Umwelt nach ihren Ideen und Vorstellungen gestalten können. Die UN-Konvention verpflichtet die Unterzeichner nicht nur gegen Kinderarbeit, sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel vorzugehen, sondern fordert auch die bewusste Teilhabe und Beteiligung von Kindern in politischen Kontexten. Die UN-KRK sieht Kinder als einen aktiven Teil der Gesellschaft, welche ihr Umfeld gestalten. Dies erfordert aber ein Maß an Demokratiebereitschaft und politischem Willen, was die Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht aufgebracht hat. Denn die UN-Kinderrechtskonvention ist zwar ratifiziert, aber dennoch gab es bis Anfang Mai 2010 zwei Vorbehaltserklärungen. Erstens

galten die rechtlichen Schutzbedingungen nach wie vor nicht für Asylbewerber und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und Zweitens verbietet die UN-KRK den Einsatz für unter 18-Jährige in den Streitkräften. Die Bundeswehr nimmt aber gern auch schon junge Leute mit 17 Jahren auf, wenn es mit der Lehrstelle nicht geklappt hat.

Der Deutsche Städte- und Gemeindetag hat in einem Schreiben an die Familienministerin Schröder einen Wunschzettel benannt. Man fordert einige Nachbesserungen im Bereich des Kinder- und Jugendhilferechts, denn dort sind eine ganze Reihe von Beteiligungsrechten für Kinder aufgeführt. Dies ist aber nach Ansicht einiger Macher beim Städte- und Gemeindetag eine kostenträchtige Spielerei von ein paar Sozialarbeitern. In einer so geprägten gesellschaftlichen Debatte wäre die Umsetzung der Kinderrechtskonvention ein echter Gewinn. Wäre diese internationale Verpflichtung ein Teil des Grundgesetzes, dann könnten Kinder ihre Rechtsansprüche als eigene Persönlichkeit erstreiten. Dies gilt insbesondere auch für sozialrechtliche Ansprüche, etwa bei der Anrechnung von Kindergeld auf Sozialtransfers. Sie wären nicht mehr nur „kleine Erwachsene“ sondern ernstzunehmende Mitglieder unserer Gesellschaft. Vor allem gäbe es eine andere Haltung in der Kinderpolitik. Ein politischer Ansatz, der vom Kind ausgeht, der Kinder befähigt ihre eigene Position zu bestimmen.

Matthias Bärwolff

„Wer keine Ecken und Kanten hat, ist einfach stromlinienförmig.“ Mit diesen Worten stellte Frank Spieth am 11. Mai, im Spartenheim der Kleingartenanlage Dahlie Klaus Ernst den zahlreichen Besuchern vor. Klaus Ernst, als aktiver Gewerkschafter ist bestens für seine kommenden Auf-



gaben vorbereitet. Im alltäglichen Arbeitskampf und in der permanenten Auseinandersetzung für gerechte soziale Lebensverhältnisse in der BRD wurde seine Haltung und seine Ausstrahlung geprägt. Wir leben inzwischen in einem Land wo die Bürger durch ehrliche Arbeit immer ärmer werden. Trotz wirtschaftlichen Aufschwung haben wir permanente Lohnabsenkungen. Damit verschaffen sich deutsche Unternehmen eindeutige Exportvorteile. Durch die ständig drohenden „Harz-Gesetze“ entsteht eine Atmosphäre der Erpressung. Lohnsenkungen werden widerstandslos hingenommen. Die rie-

sigen Gewinne gehen nicht in die Realwirtschaft, sondern werden in Geldspekulationen gesteckt. Von Investitionen sollte man da nicht reden. Die herrschenden neoliberalen Kreise führen sich auf wie Casino-Zocker. Die Finanzkatastrophen haben genau diese Kreise zu verantworten. Zur Kasse gebeten wird allerdings wieder einmal das Volk. Das ist kein „Populismus“, sondern bittere Realität. Klaus Ernst informierte auch für jeden verständlich über die Krise Griechenlands. Am Schluss der Veranstaltung war es allen klar, das ist der richtige Mann für die Doppelspitze.

Uwe Pohlitz

Wiederaufbau nach Großbrand in Apolda schleppend



Fast dreieinhalb Monate sind vergangen, als mitten in Apolda ein Feuer mit verheerenden Folgen ausbrach. Brandstiftung wurde erwiesen! Das Feuer wurde in einem unbewohnten Haus in der völlig zerstörten Bachstraße gelegt und griff auf sechs weitere Häuser über, darunter auch auf mehrere auf dem Puschkinplatz. Obwohl der Personenkreis potenzieller Täter angeblich immer mehr eingegrenzt wurde, zeigen die Ermittlungen bis jetzt keinen Erfolg. Ein rechtsradikaler Hintergrund des Verbrechens ist mehr als wahrscheinlich, wurde aber nicht bestätigt und in keinem Bericht der bürgerlichen Presse erwähnt! Nun sollte man meinen, dass nach über einem Viertel Jahr die Wiederaufbau- und Restaurierungsarbeiten in vollem Umfang begonnen hätten – mitnichten. Nur zögerlich begannen auf dem Puschkin-Platz die In-

standsetzungsarbeiten: Der Dachstuhl der völlig ausgebrannten Müller-Drogerie wurde in Angriff genommen. Neue Stützbalken wurden errichtet. Das Haus des Malergeschäftes von Peter Bliefert ist eingerüstet. Baumaßnahmen begannen im hinteren Teil des Gebäudes. Für den Zustand der Bachstraße findet man einfach keine Worte. Nach wie vor sieht es dort aus wie nach einem Bombenangriff. Ein grauenhafter beklemmender Anblick, notdürftig gesichert durch einen Metallzaun. Der unveränderte Zustand der Apoldaer Bachstraße, dreieinhalb Monate nach dem verwüstenden Brandanschlag, stellt sich als makaberes Beispiel des kommunalen Desinteresses der Stadt Apolda dar. Dieses dürfte aber auch der kommunalen Finanznot geschuldet sein.

Foto und Text: Reiner von Zglinicki